

Kapitel

Initiator*innen: DIE LINKE RLP - Landesvorstand (beschlossen am: 23.06.2020)

Titel: Für Frieden, Abrüstung und Konversion - Für ein Friedensland Rheinland-Pfalz

Text

2503 DIE LINKE, die einzige Friedenspartei

2504 Für DIE LINKE ist unumstößlich klar: Außenpolitik ist Friedenspolitik! Wir
2505 setzen uns für eine friedliche, auf weltweite politische, soziale und
2506 ökonomische Gerechtigkeit gerichtete Außenpolitik ein. Außenpolitik hat vor
2507 allem den Zweck, ein friedliches Zusammenleben der Menschen überall auf der
2508 Welt zu ermöglichen. Krieg darf kein Mittel der Politik sein.

2509 Heute werden viele Länder der Welt wieder von deutschem Boden aus angegriffen.
2510 Rheinland-Pfalz spielt dabei eine Schlüsselrolle. So ist Ramstein die größte
2511 Militärbasis der US Air Force außerhalb der Vereinigten Staaten, in der Eifel
2512 ist mit Spangdahlem eine weitere Militärbasis in Rheinland-Pfalz vorhanden und
2513 in Büchel werden Atomwaffen gelagert.

2514 DIE LINKE lehnt Kriege und Einsätze der Bundeswehr im In- und Ausland ab. Die
2515 Bundeswehr darf nicht als "Hilfspolizei" eingesetzt werden. Aufgaben von
2516 Militär und Polizei sowie Militär und zivilem Katastrophenschutz sind strikt
2517 zu trennen. DIE LINKE. Rheinland-Pfalz wendet sich dagegen, dass die
2518 einschlägigen Verfassungsbestimmungen seit Jahren unterlaufen werden mit dem
2519 Ziel, die Präsenz der Bundeswehr im Inneren schleichend, aber kontinuierlich
2520 zum Alltag werden zu lassen.

2521 Rheinland-Pfalz ist ein Bundesland mit extrem hoher Dichte an Militärbasen.

2522 Über 30000 US-Soldaten sind hier stationiert. Mit der US-Militärbasis Ramstein
2523 befindet sich einer der Dreh- und Angelpunkte für den Nachschub für die Kriege
2524 in Nahen und Mittleren Osten in Rheinland-Pfalz. Am Militärstandort Büchel
2525 lagern 20 taktische Nuklearwaffen der USA und stellen eine große Gefahr für
2526 Frieden und Sicherheit dar.

2527 DIE LINKE fordert die Auflösung der US-Militärstützpunkte, die für CIA-
2528 Folterflüge und völkerrechtsrechtswidrige, kapitalistische Kriege genutzt
2529 werden. Diese Militärstützpunkte sind darüber hinaus mit hohen Umwelt- und
2530 Lärmbelastungen sowie einem erhöhten Gefahrenpotential für die Menschen in
2531 Rheinland-Pfalz verbunden. Dies darf nicht weiter von der rheinland-pfälzischen
2532 Landesregierung subventioniert und unterstützt werden. Zudem stellt die
2533 andauernde Stationierung von US-Atomwaffen in Büchel eine Gefahr für Frieden
2534 und Sicherheit dar, die umgehend beendet werden muss. Abrüstung schafft Frieden
2535 und Arbeitsplätze. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass Rheinland-Pfalz
2536 diese Chance nutzt. Atomwaffen sind eine Bedrohung für die gesamte Menschheit.
2537 Wir werden uns ohne wenn und aber für ein atomwaffenfreies Rheinland-Pfalz
2538 einsetzen. Wir lehnen die „nukleare Teilhabe“ der Bundeswehr kategorisch ab!
2539 Atomwaffen haben in unserem Land nichts zu suchen; wir werden keine Gelegenheit
2540 auslassen, dies vorzubringen.

2541 Rheinland-Pfalz muss ein Friedensland werden.

2542 Zivilgesellschaft stärken - Keine Bundeswehr im Inneren

2543 Seit Januar 2007 baut die Bundeswehr flächendeckend kleine Kommandos von
2544 Reservisten auf. Sie sind zuständig für „zivil-militärische
2545 Zusammenarbeit“ (ZMZ). Bei dieser Zusammenarbeit werden ziviler
2546 Katastrophenschutz und der für den Kriegsfall gedachte militärische
2547 Zivilschutz zusammengelegt. Damit wird die Bundeswehr dauerhaft in die
2548 regionale, zivile Verwaltung eingebunden. Unser Grundgesetz sieht dies nur als
2549 verfassungsrechtliche Ausnahme vor. Militär und Katastrophenschutz sind nun
2550 untrennbar miteinander verbunden. Die Bundesregierung behält sich sogar vor,
2551 ZMZ zum Einsatz gegen Streikende und Demonstrierende einzusetzen.

- 2552 • Die Institutionalisierung der ZMZ zu beenden: Die Landesregierung muss
2553 ihre Kooperation mit dem Landeskommando der Bundeswehr beenden.
- 2554 • Statt der Bundeswehr den Zugang in die zivilen Verwaltungen zu gewähren,
2555 ist der zivile Katastrophenschutz auf allen Ebenen zu erhalten und zu
2556 stärken: Bessere Ausstattung mit Personal, Infrastruktur und Finanzen ist
2557 unabdingbar. Die Mittel können unter anderem aus dem Etat der Bundeswehr

2558 bereitgestellt werden. Entsprechende Initiativen sollen im Bundesrat
2559 entwickelt werden.

- 2560 • Keine Inlandseinsätze der Bundeswehr. Wir wehren uns gegen den Einsatz
2561 von Soldaten bei Demonstrationen, Fußballspielen und
2562 Großveranstaltungen. Die Vermischung der Zuständigkeiten von Polizei und
2563 Militär stellt einen eklatanten Verfassungsbruch dar.

2564 Bundeswehr raus aus den Schulen und öffentlichen Räumen

2565 Das Bildungsministerium hat mit der Bundeswehr eine Rahmenvereinbarung
2566 getroffen. Diese Rahmenvereinbarung erlaubt es den Jugendoffizier*innen,
2567 Schüler*innen im Unterricht, die Sicherheitspolitik der Bundeswehr zu
2568 vermitteln. Dies stellt für DIE LINKE ein Missbrauch der Schule dar, weil die
2569 Sicherheitsdoktrin der Bundeswehr im Unterricht institutionalisiert wird.
2570 Bildung ist nicht Aufgabe des Militärs, sondern der Lehrer*innen, der Schulen,
2571 der Hochschulen und der Landeszentrale für Bildung.

2572 Momentan sind Offizier*innen regelmäßig Gäste in Berufsorientierungswochen an
2573 Schulen, in den ARGEn warten sie auf Hartz IV-Empfänger*innen unter 25 und
2574 selbst auf der „Games Convention“ haben sie schon um Nachwuchs geworben. Die
2575 Bundeswehr nutzt dabei die Perspektivlosigkeit der Jugendlichen für ihre
2576 Rekrutierungspolitik aus und militarisiert dabei öffentliche Räume.

- 2577 • Die rheinlandpfälzische Landesregierung muss sich im Bundesrat gegen
2578 Grundgesetzänderungen zur Militarisierung zur Wehr setzen, und auch die
2579 schleichende Militarisierung in Rheinland-Pfalz muss gestoppt werden.

- 2580 • Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr sind sofort aufzukündigen:
2581 Die Bundeswehr und ihre Rekrutierungskommandos haben in Schulen und
2582 Ämtern genauso wenig verloren wie auf unseren Straßen und Plätzen.

- 2583 • Die Bundeswehr muss mit ihrer aggressiven Rekrutierungspolitik gestoppt
2584 werden. Öffentliche Räume dürfen nicht militarisiert werden.

2585 Konversion statt Kriegsvorbereitung: Für ein Friedensland Rheinland-Pfalz

2586 DIE LINKE setzt sich für eine soziale und ökologische Konversion der
2587 rheinland-pfälzischen Militäreinrichtungen ein. Die Regionen, die ökonomisch
2588 abhängig von den Militärbasen sind, brauchen attraktive Nutzungsmöglichkeiten
2589 der Anlagen, um Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Alternative

2590 Nutzungsformen sind u.a.: Entwicklung von Technologiezentren, ökologische
2591 Landwirtschaft und Erneuerbare Energien. Erfolgreiche Konversionsprojekte wie in
2592 Mainz sind ermutigend. Gelder für die soziale und ökologische Konversion
2593 militärischer Anlagen können aus finanziellen Mitteln bereitgestellt werden,
2594 die vormals in Rüstungsprojekte gingen.

2595 • Demilitarisierung der Wirtschaftsförderung: Keine Subventionen und
2596 Fördergelder an Firmen und Konzerne in Rheinland-Pfalz, die an
2597 Rüstungsforschung und Herstellung von Rüstungsgütern und Kampfstoffen
2598 beteiligt sind.

2599 • Die Schließung der US- und NATO-Militärbasen und insbesondere den Abzug
2600 der US-Atomwaffen aus Büchel. Rheinland-Pfalz darf nicht weiter die Basis
2601 für völkerrechtswidrige, kapitalistische Kriege in aller Welt sein.
2602 Keine weitere Subventionierung dieser Militärbasen durch die rheinland-
2603 pfälzische Landesregierung.

2604 • Die Aufstockung der Mittel für das landesweite öffentliche
2605 Konversionsprogramm, um die militärischen Flächen neu nutzen zu können
2606 und Arbeitsplätze, die mit den Militärbasen verbunden sind, zu ersetzen.
2607 Dabei sollen die bisherigen guten Erfahrungen aus anderen Bundesländern
2608 genutzt werden. Die bisherigen PPP-Projekte als Teil einer Privatisierung
2609 öffentlichen Geldes, sollen in öffentliche Hand übergehen. Insbesondere
2610 die betroffenen Kommunen sollen durch das Konversionsprogramm gestärkt
2611 werden.

2612 • Die Einrichtung eines Landesamtes für Konversion und Abrüstung, das in
2613 Zusammenarbeit mit den betroffenen Kreisen und Städten Konzepte für eine
2614 Umwandlung militärischer Flächen und Liegenschaften sowie für die
2615 Schaffung alternativer ziviler Arbeitsplätze erarbeitet und die
2616 Erfahrungen der Konversionsprogramme seit 1992 nutzt.
2617 Beschäftigungskonversion und Kommunalförderung sollen einen höheren
2618 Stellenwert erhalten. Die Wirtschaftsförderung für kommunale Betriebe
2619 und Genossenschaften sowie für kleine und mittlere Unternehmen ist zu
2620 verstärken.

2621 Den Ausbau der Friedenswissenschaften an den Hochschulen, die Ausbildung von
2622 Fachkräften für den zivilen Friedensdienst, freiwillige Friedensdienste für
2623 Jugendliche und Erwachsene sowie internationale Begegnungen und
2624 Städtepartnerschaften. Die Angebote der rheinland-pfälzischen Stiftung Natur
2625 und Umwelt wollen wir auf friedenspolitische Projekte ausdehnen.